

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3,60, monatlich 1,20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 272.

Dienstag, den 19. November 1918.

25. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen!

Wir stehen vor dem erhebenden Eindruck jener gewaltigen Umwälzung, die das alte, scheinbar so feste Regiment zusammenbrechen ließ. Die alten Fesseln sind gesprengt; die Bahn ist frei für die Verwirklichung unserer Ziele!

Damit aber hört der politische Kampf nicht auf; im Gegenteil: rechts sammeln sich die alten bürgerlichen Parteien, um die Geschicke Deutschlands, möglichst in ihrem Sinne zu beeinflussen. Links vor uns stehen Gruppen, welche die Entwicklung in Bahnen drängen wollen, die unseren demokratischen Grundsätzen widersprechen.

Schwere Kämpfe stehen uns daher bevor!

Im kommenden Frühjahr sind Vertretungskörperschaften für Reich, Staat und Gemeinden zu wählen. Eine äußerst rege Agitations- und Werbearbeit muß einsehen.

In dieser fordern wir unsere Anhänger hierdurch auf. Insbesondere gilt es, Mittel für diesen Zweck zu beschaffen. Sendet freiwillige Beiträge für den Wahlfonds der Sozialdemokratischen Partei! Auch geben wir Sammellisten für diesen Zweck heraus.

Parteigenossen! Großes steht auf dem Spiel. Es gilt den Kampf um die Durchführung des demokratischen Sozialismus im Sinne der Sozialdemokratie Deutschlands!

Seid auf dem Posten!

Berlin, den 18. November 1918.

Der Vorstand
der Sozialdemokratie Deutschlands.

Geldsendungen sind zu richten an Otto Braun, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Auch kann auf Postcheckkonto Nr. 7918, Fr. Bartels, F. Ebert, O. Braun beim Postcheckamt Berlin eingezahlt werden.

Alldeutschland.

Kaum ein politischer Ausdruck war in Deutschland wie im Auslande so verrufen, wie das Wort „alldeutsch“. Und mit Recht, denn jene, die sich alldeutsch nannten, trugen an dem fürchterlichen Kriege, den wir nun hinter uns haben, einen gewaltigen Anteil von Schuld. Sie waren es, die den Krieg verlängerten, die Franzosen, Engländer und Amerikaner an unsere deutsche Friedensabsicht nicht glauben ließen, die mit ihren ausschweifenden Kriegszielen immer von neuem den Kriegswillen der Feinde anstachelten, die die leitenden Männer der deutschen Politik terrorisierten und deshalb sie nicht zur Ausnützung guter Friedensgelegenheiten kommen ließen. Sie trugen die Schuld an dem verschärften Unterjochkrieg, der den Eintritt Amerikas in den Kampf zur Folge hatte und der die Engländer zur Anspannung aller Kräfte gegen uns veranlaßte.

Es gab keine Partei, die so wenig deutsch war wie die alldeutsche. Nach nichtdeutschem Gebiete gierte sie; am liebsten hätte sie Polen annektiert, die Ostprovinzen unter dem Vorwande, daß einige in der Bevölkerung verstreute Prozente deutsch seien, uns angegliedert, die französische Kanalküste, die französischen Bergwerksgebiete und Festungen im Osten dieses Landes unter deutsche Gewalt gebracht, Belgiens Selbständigkeit vernichtet. In allen Weltteilen wollten sie nichtdeutsche Bevölkerungen und Länder unterjochen. Das Wort alldeutsch stand im schärfsten Widerspruch zu ihrer Politik. Nicht die Deutschen wollten sie zusammenfassen, sondern möglichst viel Land an sich reißen ohne Rücksicht auf die nationalen Interessen der Bevölkerung dieser Länder.

Wie ist eine Politik so zusammengebrochen wie die alldeutsche. Nichts ist verhaßter und verächtlicher im neuen Deutschland als diese Macht- und Gewaltpolitik, die Deutschland an den Rand des Abgrundes brachten.

Ein ganz neues alldeutsches Ideal, ein Ideal, dem wir mit Begeisterung folgen, geht aber in den Tagen des völligen alldeutschen Zusammenbruchs der Erfüllung entgegen. Deutsch-Österreich schließt sich der deutschen Republik an. So sehen wir wieder ein Stück der Bismarckschen Politik zusammenstürzen. Sein Frankfurter Friede ist zusammengeknirscht, das Ergebnis des Krieges von 1870/71 besteht nicht mehr. Seine Reichsverfassung wird durch die Demokratie, sein Kaisertum durch die Republik ersetzt. Deutschland ist nicht mehr Großpreußen, wie es Bismarck 1866 wollte; das einige Deutschland steht wieder da. Bismarck zertrümmert Deutschland, die deutsche Republik vereinigt es.

Heute verstehen die Arbeiter, warum ein so großer deutscher Patriot wie Wilhelm Liebknecht einen zähen, nie ausgeführten Haß gegen Bismarck hatte. In Wilhelm Liebknecht erlosch eben nie die Sehnsucht nach der Einheit und Freiheit Deutschlands. In Bismarck sah er den Mörder der Forderungen der Revolution von 1848, den

Vernichter des Ideals eines einigen Deutschlands. Diejenigen konnten Wilhelm Liebknecht nie begreifen, die in dem Ergebnisse der Bismarckschen Staatskunst eine für die Ewigkeit geschaffene Ordnung sahen. Wilhelm Liebknecht sah aber immer in der Bismarckschen Politik nur eine Episode. Niemals hatte er die Geduld und die Hoffnung verloren, daß die Proletarier ein einiges und freies Deutschland schaffen werden. Auch Bebel stand von 1866 bis 1870 nicht bloß als Sozialist und Demokrat, sondern auch als Großdeutscher im Gegensatz zur Politik Bismarcks. Traten bei ihm später die nationalen Interessen mehr in den Hintergrund seines Denkens, so hat er, wie wir aus Äußerungen von ihm bei seiner letzten Anwesenheit in Wien wissen, die Trennung Deutsch-Österreichs vom übrigen Deutschland stets als ein schweres Leid empfunden. Das gleiche gilt von Karl Marx und Friedrich Engels. Wohl wurden sie und wir, ihre Schüler, als vaterlandslose Gesellen bezeichnet, weil wir Großpreußen nicht als die Erfüllung unserer nationalen Ideale anerkannten. Aber wir waren nationaler als unsere Gegner, und wir jubelten heute, daß die deutsche Republik und die große mitteleuropäische Revolution aus dem Zusammenschluß der Deutschen vom Meer bis zur Drau und bis zur Grenze von Westfalen bringt.

Ein alldeutsches Ideal erfüllt sich uns, ein wirklich alldeutsches Ideal. Das gesamte deutsche Volk schließt sich zusammen zu einer großen Einheit. Die alpenländischen Deutschen vor allem werden mit uns vereint, und nach dem Zusammenschluß mit den sudetensländischen geht unsere Sehnsucht. Freilich werden wir manche Deutsche entbehren, doch zumeist nur solche, die infolge der geschichtlichen Entwicklung für den Zusammenschluß nicht in Betracht kommen. Neben unserer großen neuen Eidgenossenschaft wird weiter die schweizerische Eidgenossenschaft bestehen als selbständiger Staat, aber in kultureller Gemeinschaft und in herzlichster Freundschaft mit der großen deutschen Eidgenossenschaft.

Es erscheint als ein ehernes Muß der Geschichte, daß die Deutschen in Elsass-Lothringen zu Frankreich gehören sollen. Es geschieht das aber mit ihrem Willen, und es ist die Erfüllung eines Wunsches, an dem das alte Deutschland die Schuld trägt, — jenes Deutschland, das die französische Revolution meucheln wollte, die in Elsass-Lothringen begeisterte Anhänger hatte, — jenes Deutschland, das mit dem Polizeistab von 1870 bis 1918 die Elsass-Lothringer zu Bewunderern Preußens machen wollte, das trägt die Schuld, daß heute im „Reichslande“ die französischen Tricolore wehen.

So manches versprengte Häuflein Deutscher werden wir in Alldeutschland vermissen, aber Alldeutschland lebt und wächst, wie niemals die Alldeutschen es sich träumen ließen.

Wir wollen dieses neue Alldeutschland, die große deutsche Republik, die nun ihre Glieder reißt, zum freiesten und schönsten Staate der Welt machen. Sie soll ein Mittelpunkt der Kultur, der Demokratie, ein Vorbild sozialistischer Gemeinschaft werden. Gelängt uns das, dann werden wir auch das Bindeglied zwischen den Nationen werden im Geiste von Marx und Engels, von Wilhelm Liebknecht und August Bebel und auch in Erfüllung der Ideale von Victor Adler. Dann werden wir aber auch zu uns herübergestreckt finden die Bruderhand der Deutschen, die außerhalb unserer Grenzen mit anderen Völkern in brüderlicher Gemeinschaft zusammenwirken.

Die Alldeutschen sind tot, Alldeutschland lebt und geht der Blüte entgegen.

Die Friedensverhandlungen.

Ueber die Inangriffnahme der Friedensfrage liegen eine Reihe Depeschen vor. Danach wird der Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden in kürzester Zeit, jedoch kaum vor Ende dieses Monats, zu erwarten sein. Sie werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen bis Ende Januar beendet sein. Danach wird die Beratung des eigentlichen Friedensvertrages beginnen. Dazu wird ein Apparat von vielen hundert Delegierten aufgebildet werden. Eine ganze Anzahl von Spezialkommissionen müssen gebildet werden, die im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz tagen sollen.

In den Wandelgängen der französischen Kammer verlautet, die Verhandlungen für einen Präliminarfrieden würden am 20. Dezember in Versailles beginnen.

Wie die „New York World“ mitteilt, wird die Friedenskonferenz wahrscheinlich erst im Januar ihre Verhandlungen aufnehmen können. Immerhin sei es möglich, daß schon im Dezember mit den Vorarbeiten begonnen werde. In Paris verlautet demgegenüber, daß die Vorarbeiten der Verhandlungen bereits in den nächsten Tagen ihren Anfang nehmen werden, daß diese Verhandlungen aber mit der eigentlichen Friedenskonferenz nicht identisch seien. Zuerst müsse die Konsolidierung der Verhältnisse in Deutschland abgewartet werden, denn es bestehe nirgends die Absicht, aus der jetzigen Lage Deutschlands Kapital zu schlagen. Die Entente werde vermutlich in der

nächsten Note bei Deutschland anfragen, zu welchem Zeitpunkt die verfassungsmäßige Vertretung des deutschen Volkes, mit der die endgültigen Verhandlungen geführt werden könnten, gebildet sein dürfte. Da Scheidemann die Neuwahlen zur Nationalversammlung für den Januar in Aussicht gestellt habe, rechne man am Quai d'Orsay damit, daß die eigentliche Friedenskonferenz Mitte oder Ende Januar beginnen könne. Bis dahin müsse eine provisorische Regelung der brennendsten Fragen erfolgen. Nach der Auffassung des Obersten House müßten gewisse Fragen, beispielsweise diejenigen, die Italien und die Südslawen angingen, sofort behandelt werden. Oberst House äußerte Pressevertretern gegenüber seine Befriedigung über den Weg, den die deutsche Revolution einzuschlagen scheine. Die Alliierten hätten nicht die Absicht, gegen Deutschland vorzugehen; sie wollten vielmehr mit Deutschland zusammenarbeiten. Mit einem Deutschland, das unter irgend einer Diktatur stehe — sei es eine militärische oder eine revolutionäre — könnten die Alliierten nicht verhandeln. Wilson werde einer revolutionären Diktatur gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen, den er der Diktatur der Hohenzollern gegenüber eingenommen habe: „Der Gewalt keinen Frieden und kein Brot.“ Die Gefahr eines terroristischen Regiments in Deutschland sei glücklicherweise geschwunden. Deutschland habe ja auch bereits fühlen können, was von diesem Zeitpunkt an von den Vereinigten Staaten sowie von den Alliierten in der Abänderung der Waffenstillstandsbedingungen in weitestgehender Weise erreicht worden sei. Die Welt sei bereit zu vergessen. Ein wirklich demokratisches Deutschland werde schneller, als vielleicht seine eigenen Söhne es erwarteten, wieder zu einer geeinigten Völkergemeinschaft gelangen.

Man kann es durchaus verstehen, daß die Entente die endgültigen Friedensverhandlungen erst einleiten will, wenn die Verhältnisse in Deutschland geklärt sind. Deshalb ist es dringend erforderlich, daß die Nationalversammlung baldigst stattfindet. Leider steht der Termin noch nicht fest und die hierüber gebrachten Meldungen sind mindestens verfrüht gewesen. Hoffentlich kommt nun der Termin bald heraus, damit die Vorarbeiten der Parteien für die Agitation getroffen werden können.

Der Rückmarsch.

Aus den vorliegenden Meldungen geht erfreulicherweise hervor, daß der Rückmarsch inzwischen geordnete Gestalt annimmt. Aus Berlin wird hierüber gemeldet:

Die Tätigkeit, die der Arbeiter- und Soldatenrat in den Rheinlanden entfaltet, muß als sehr erfolgreich bezeichnet werden. Das Zurückfluten der Truppen aus den Etappen braucht nunmehr nicht als Gefahr betrachtet zu werden. Durch schnelles und tatkräftiges Handeln hat der Arbeiter- und Soldatenrat es zu verhindern verstanden, daß die aufgelösten Truppenmassen sich in regellosem Zuge auf das rechte Rheinufer ergießen. Auf dem linken Rheinufer sind große Sammellager gebildet worden, von denen aus die Heimkehr der zurückkehrenden Krieger organisiert wird. Die Truppen der vorderen Front haben sich auch bei der Räumung hervorragend gut gehalten, so daß man sagen kann, die Front steht wieder fest in der Hand Hindenburgs. Bis dahin hatte man noch immer mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß die in den Etappen ausgebrochene Panik auch auf die deutschen Städte übergreifen könnte. Die keltische Bevölkerung, die in den reichlichen Besitz von Waffen und Munition gelangt war, weil viele Soldaten ihre Waffen einfach fortwarfen und die Munition im Stich ließen, hätte ihre dadurch erzielte Überlegenheit ausgenutzt, um unsere Soldaten in bewaffneten Haufen zu überfallen. Dadurch haben sich Szenen wiederholt, wie sie uns vom Anfang des Krieges her noch in trauriger Erinnerung sind.

Die Meldungen von großen Betriebsstörungen in den jüdischen Industriezentren sind übertrieben. Gewisse Desorganisationen haben sich naturgemäß nicht vermeiden lassen, doch ist alles jetzt in ruhige Bahnen geleitet worden.

In aller nächster Zeit ist damit zu rechnen, daß der Eisenbahnbetrieb nicht mehr auf das linke Rheinufer fortgeführt werden kann, so daß wir gewissermaßen von dem jenseits des Rheines gelegenen deutschen Gebiet abgeschnitten sein werden.

Die Organisation für die Ernährung der vorderen Truppen ist wieder hergestellt und können die Schwierigkeiten in dieser Hinsicht als überwunden gelten. Der kritische Augenblick in der Denksicherung scheint überstanden zu sein.

In einer Sitzung des Oberfeldes Arbeiter- und Soldatenrats wurde die Mitteilung gemacht, daß die Zahl der auf dem Heimarsch das Wuppertal passierenden Soldaten auf fünfhunderttausend Mann geschätzt wird. Ihr Rückmarsch wird sich in einem Zeitraum von zehn Tagen vollziehen. Die Behörden haben bereits im Verein mit dem Arbeiter- und Soldatenrat die nötigen Vorkehrungen zur Speisung von fünfzigtausend Mann täglich getroffen. Der Eisenbahnbetrieb für die Zivilbevölkerung ist im Rheinlande vollkommen eingestellt.

Zu Ehren der heimkehrenden Krieger prangen die rheinischen Städte in reichem Glanzschmuck. Die Krieger rücken in immer stärkeren Kolonnen heran. Die Durchführung der Verpflegungsmassnahmen ist in vollem Gange. In Köln werden außer anderen Männern zur Unterkunft der Truppen hundert Schulen in Anspruch genommen. An den Zufahrtsstraßen werden städtische

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Wahltermin zur Nationalversammlung noch nicht bekannt.

W. L. B. meldet aus Berlin: In den Morgenblättern vom 17. Nov. fand sich die Nachricht, daß die Wählerlisten für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 2. Januar 1919 aufgelegt werden und daß die Wahlen selbst am 2. Februar stattfinden würden. Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Dem Rat der Volksbeauftragten wurde bis jetzt ein Entwurf zur Wahlordnung für die Konstituante noch nicht zur Beschlußfassung vorgelegt. Daß die Vorbereitungen für die Konstituante so bald wie möglich in die Wege geleitet werden sollen, hat die Reichsregierung wiederholt erklärt.

Die russische Regierung an die deutschen U- und S-Räte.

Ein in der deutschen Presse erwähnter Funkspruch der russischen Regierung an die deutschen Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte, in dem sie zu bewaffnetem Vorgehen zur Bildung der Regierung Lieb- knecht anfordert, lautet in seinem maßgebenden Text folgendermaßen:

„Soldaten und Matrosen, gebt die Waffen nicht aus der Hand. Es gilt, mit den Waffen in der Hand wirklich die Macht überall zu übernehmen und eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu bilden. Laßt Euch keine Nationalversammlung ausschlagen.“

Wir denken, die russische Regierung hat in ihrem eigenen Lande wirklich genug zu tun. Sie sollte sich also nicht um unsere inneren Verhältnisse kümmern. Wir richten uns unter Haus ein, wie es uns gefällt.

Eine Versammlung von Arbeitslosen in Berlin.

Die sich vorwiegend aus Anhängern der Unabhängigen Partei und der Spartakusgruppe zusammensetzte, tagte am Montag mittig in den Germania-Sälen. Der Einberufer führte aus, es seien augenblicklich in Berlin 10 000 Arbeitslose vorhanden, wobei die täglich nach Berlin zufließenden Soldaten ihrer Zahl nach nicht festgelegt seien. Seit der Einsetzung der Arbeiter- und Soldatenräte habe man von praktischen Wirkungen ihrer Tätigkeit auf die Lage der Arbeitslosen noch nichts gespürt. In die Räte seien in der Hauptsache Leute aus den Kommandos und Mehrheitssozialisten gekommen! auch eine ganze Menge von Offizieren säßen in diesen Räten, andere Redner machten Stimmung für die Bildung einer roten Garde. Ferner wurde gefordert die Beseitigung der städtischen und der Betriebs-Arbeitslosigkeit. Der Referent, ein Herr Lewini, sang das hohe Lied des Bolschewismus. Nur verblendete Anhänger der Unabhängigen Partei ließen sich dazu herbei, mit den Mehrheitssozialisten zusammenzuarbeiten. Das Hauptinteresse der Arbeiterschaft konzentrierte sich auf die Frage, ob der kapitalistische Staat bestehen bleiben solle. Der Redner wandte sich sehr entschieden gegen die Wahl einer Konstituante, auch griff er die Intuition der Arbeiter- und Soldatenräte in ihrer augenblicklichen Zusammenziehung arg an.

Die Versammlung beschloß, zehn Delegierte der Arbeitslosen in den Arbeiter- und Soldatenrat zu senden. Die Wahlen wurden sofort von der Versammlung vorgenommen. Eine einstimmig angenommene Entschließung beauftragt die Gewählten, in der ersten Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte Maßnahmen zur Versorgung oder Unterbringung der Arbeitslosen zu unternehmen. Sollte das nicht geschehen, so seien Demonstrationen der Arbeitslosen in die Wege zu leiten. In einer weiteren Entschließung wird ausgesprochen, daß die Versammlung gegen alle Maßnahmen der jetzigen Regierung protestiert, die darauf hinauslaufen, die Gefahr erneuter Knechtschaft heraufzubeschwören.

Die Versammlung wurde von nahezu tausend Personen besucht.

Wiederbeginn des freien Handels mit Holland.

Amtlich wird aus dem Haag mitgeteilt: Das Ministerium des Äußeren hat von der deutschen Gesandtschaft folgende Mitteilung erhalten: 1. die deutsche Sperrlinie ist aufgehoben; 2. für den Bezug von Waren aus Deutschland ist keine Verpflichtungserklärung mehr notwendig. Dies gilt auch für die Durchfuhr durch Deutschland; 3. die bisherigen Verpflichtungserklärungen treten außer Kraft. Die geleisteten Bankgarantien werden zurückgegeben; 4. die von der deutschen Industrie für den Bezug und für die Verteilung von Waren aus Deutschland errichteten Bureaus setzen ihre Arbeiten im Einvernehmen mit den entsprechenden niederländischen Körperchaften fort; 5. Privatabkommen holländischer Abnehmer mit deutschen Lieferanten oder deren Vertretern werden durch das Obenstehende nicht berührt.

Wir hoffen, daß dieser erste Schritt zur Wiederherstellung des freien Handels mit Holland nicht eine einseitige Maßnahme bleibt, sondern daß die holländische Regierung bald durch einen entsprechenden Schritt die wechselseitige Freiheit des deutsch-holländischen Handels ermöglicht.

Die Lage in Polen.

Ueber die Lage in Polen sind bei der preußischen Regierung sehr alarmierende Nachrichten eingetroffen. Das Ministerium des Innern tut alles, um zu verhindern, daß durch die Lage in Polen die Ernährungsschwierigkeiten noch größer werden. Ein besonderer Vertreter des Ministeriums des Innern ist mit ausgiebigen Vollmachten nach Polen gereist, um mit den Führern der Polen zu verhandeln.

Die baltischen Staaten.

Die Republik Estland. Laut „Helsinginwamomat“ haben die Estländer am letzten Dienstag die Leitung des Landes selbst übernommen. Gleichzeitig wurde Estland als selbständige Republik erklärt. Zum Schutz gegen den Bolschewismus sind aus Mitgliedern aller Parteien Schutzkorps gebildet worden. Nach dem neuesten Meldungen ist die Ruhe überall im Lande wieder eingetreten. Die deutschen Truppen sind im Begriff, per Schiff oder Eisenbahn abzufahren. Das deutsche Militär verhält sich loyal und hat mit der estländischen Regierung vereinbart, nichts mitzunehmen als deutsches militärisches Eigentum. Die deutschen Truppen versprochen, alle Unordnung zu verhindern. Die bolschewistische Gefahr hält man nicht für groß. Der neu ernannte deutsche Generalkonsul in den baltischen Ländern, Genosse Winig, droht dem Reichsamt des Innern: In Deutschland soll lebhaftest Beunruhigung über die Zustände im Baltikum herrschen. Das ist unehrlich. In Estland und Finnland ist alles ruhig, die

Soldatenräte unterstützen die Kommandostellen in der Anstrengung der Ordnung. Der Delegiertentag der Soldatenräte wird zusammenarbeiten und die Führung der Mannschaften weiterhin regeln. Anders liegen die Verhältnisse in Estland. Dort ist die Republik ausgerufen. Unsere Landesverwaltung hat Revolver verlassen. Tumulte und Blünderien sollen vorgekommen sein. Der Revolver-Soldatenrat versichert jedoch, daß alles ruhig sei. Ich habe einen Vertreter nach Reval geschickt, der die Lage prüfen und unter dort lagerndes Heeresgut sichern soll. Zurzeit ist kein Anlaß zur Besorgnis gegeben.

Belgien.

Belgien will auf die Neutralitätsgarantien verzichten. Nach einer Meldung der Neuen Korrespondenz aus Washington brachte die belgische Gesandtschaft in Washington offiziell die Absicht ihrer Regierung zur Kenntnis, in Zukunft auf die Neutralitätsgarantien zu verzichten.

Ungarn.

Als unabhängige Volksrepublik hat sich Ungarn konstituiert. Die Verfassung soll von den auf Grund des neuen Wahlrechtes einzuberufenden Vertretern festgelegt werden.

Der große Vertrag zwischen Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden.

Der große Vertrag zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden, der die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter anerkennt, das Koalitionsrecht sicherstellt, die Arbeitslosen abbaut, den Arbeitsnachweis allgemein einführt, das Institut der Arbeitserlöse sicherstellt, die Arbeitsnachweisfrage paritätisch ordnet und den Abschluß von Tarifverträgen für alle Gewerbe vorschreibt, ist, wie bereits gemeldet, gestern unterzeichnet worden. Als Vertragsschließende sind an dem großen Werk der Neuordnung beteiligt von Arbeitgeberseite: die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der Zögnerverband, der Verband Deutscher Waggonfabriken, der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie, der Berliner Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, der Arbeitgeberverband der deutschen Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie, der Reichsverband der deutschen Kautschukindustrie, der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, der Arbeitgeberverband Deutscher Schlossereien, der Bund der Arbeitgeberverbände Berlins, der Zentralverband Deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben, der Schuhverband Deutscher Schuhmacher, der Oberflächliche Berg- und Hüttenmännische Verein, Kattowitz, der Zentralverband der Deutschen elektrotechnischen Industrie, der Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe, der Arbeitgeberverband im Kohnlegergewerbe und der Allgemeine Deutsche Arbeitgeber-Schutzverband für das Häutergewerbe. Von der Arbeitnehmerseite haben den Vertrag geschlossen: die Freien Gewerkschaften, die Christlichen Gewerkschaften, die Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker), die Polnische Berufsvereinigung, die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die Arbeitsgemeinschaft der Freien Angestelltenverbände, die Arbeitsgemeinschaft der Technikerverbände.

Der Vertrag trägt außer den Namen der Regierung folgende Unterschriften: Dr. Sorge, Hüfner, Hugo Stinnes, Wöglar, Wenzelberg, Hugenberg, Springer, v. Raumer, v. Rieppel, Dietrich, Paul Weiser, Dr. Tändler, Neffis, Schrey, Lammer, Paul Wengert, Dr. Emil Franke, Karl Friedrich v. Siemens, Nathanael, Hans v. Borjig, Albert Müller, Ernst Purkian, Deutsch, und von den Arbeitnehmern: Karl Legien, Adam Segerwald, Gustav Hartmann, Hugo Sommer, Dr. Pfirrmann und Dr. Höfle.

Was Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 19. November.

Des Bistages wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Donnerstag nachmittag.

Der Zug- und Betttag ist als solcher für Lübeck und Soldaten- und Arbeiter aufgehoben worden. Dagegen wird der morgige Mittwoch als gewöhnlicher Sonn- und Feiertag betrachtet.

Aufhebung der für den 4. Dezember 1918 angeordneten Volkszählung.

Unter den inzwischen eingetretenen Verhältnissen wird die Durchführung der Volkszählung am 4. Dezember 1918 und einer sich daran anschließenden Fortschreibung der Zivilbevölkerung, insbesondere wegen der starken Bevölkerungsveränderungen, welche die Demobilisierung und das Zurströmen der Heeresangehörigen in die Heimat bewirkt werden, auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, auch dürften die Ergebnisse dieser Erhebungen sehr unzuverlässig ausfallen. Es ist daher von der Reichsleitung angeordnet, daß die Bundesratsverordnungen vom 24. Oktober 1918 über die Volkszählung und über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung nicht in Wirksamkeit treten und die dafür eingeleiteten Vorbereitungsarbeiten eingestellt werden.

Mannschafts-Entlassungen.

Berlin, 18. November. Eine Verordnung des Volksrates des Arbeiter- und Soldatenrats und des Rates der Volksbeauftragten besagt:

1. Mannschaften, die dauernd Arbeitsdienst leisten, sind zu entlassen. Werden sie weiter beschäftigt, sind sie freie Zivilarbeiter und als solche zu behandeln.
2. Mannschaften, die vorübergehend zu Arbeitsleistungen, die sonst Zivilarbeiter verrichten, herangezogen werden, erhalten für jede Arbeitsstunde 50 Pfg. Zulage.
3. Mannschaften, die sich freiwillig zu besonderem Sicherheitsdienst über ihren Entlassungstag hinaus mit zehntägiger Kündigungsfrist verpflichtet, können für diesen Dienst angenommen und lohnmandiert werden. Sie erhalten eine monatliche Löhnung von 30 Mk. und eine tägliche Zulage von 5 Mk. als Führer und 3 Mk. als Mann.
4. Mannschaften beziehen, solange sie mobil sind, mobile Löhnung, soweit sie immobil sind, immobile Löhnung, jedoch Gefreite und Mannschaften monatlich 30 Mk.

50 Mark Entlassungsgeld erhält auch jeder zur Marine gehörige Mann, der ordnungsmäßig entlassen wird.

U. S. K. Totensonntag und Ballfestschließung. Unter dieser Schlagmarke bringt der „Gen.-Anz.“ eine Zuschrift des Herrn Pastor Mildenstein, an die von der Redaktion die Ansicht geknüpft wird, daß der S. u. A.-Rat sich durch die Aufhebung des Bistages „vollständig“ zu machen gedenkt. Die Meinung der Redaktion ist eine völlig irrtümliche. Die getroffene Bestimmung soll nicht eine Feiertage sein, die zum Tanz und Vergnügen ruft. Nein, sie soll lediglich die Aufhebung eines Zwanges darstellen. Jedem steht es frei, nach seiner Gewissung, ob kirchlich oder nicht, diesen Tag so zu verbringen, wie es ihm für richtig erscheint. Die Festlichkeiten am Totensonntag sind übrigens bereits abgefragt aus Gründen der Pietät für unsere dahingegangenen Volksgenossen, deren Andenken uns ebenso heilig ist, wie der gläubigen Christenheit.

Neuerliche Einschränkung des Personenverkehrs. In der nächsten Zeit muß der Güterverkehr zur Versorgung der Bevölkerung neben den außerordentlich zahlreichen Demobilisierungseinstellungen unbedingt aufrechterhalten werden. Die Eisen-

seits Versorgungsstationen errichtet. 600 Mann Bürgerwehr haben ihre Tätigkeit begonnen. Bisher vollzog sich der Durchzug durch rheinische Grenzstädte in vollster Ordnung und Ruhe. Die Stimmung der Truppen ist zuverlässig. Von der belgischen Grenze wird gemeldet, daß die sechste Armee sich in vollster Ordnung auf dem Rückmarsch befindet. Sie wird Mittwoch Herbstbestall erreichen. Die durch Holland durchmarschierenden Truppen mußten ihre Waffen zurücklassen. In den Militärlagern sind reichlich Lebensmittel vorhanden. Zur Entlastung des Eisenbahnverkehrs wurde ein Dampferverkehr Köln-Bonn eingerichtet. Von dort aus gehen Verbindungen der Kleinbahnen in das Bergische Land sowie nach Düsseldorf.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Machen teilt mit: Die Rückkehr der Armee vollzieht sich bisher in vollster Ruhe und Ordnung.

Die Räumung Elsass-Lothringens.

Straßburger Blätter melden: Französische Truppen sind Freitag vormittag gegen 12 Uhr in Mühlhausen einmarschiert. Der Einzug war kriegerisch. Es sind drei Infanterie-Regimenter mit Artillerie und Hilfsgruppen der 68. Reserve-Division eingezückt. Eine Abordnung des Gemeinderats Mühlhausen ist den französischen Truppen entgegengefahren.

Der Einzug der französischen Truppen in Kolmar ist Montag erfolgt.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Peloties fand am Sonnabend in Straßburg eine außerordentliche Tagung der Behörden und des Soldatenrats statt, wobei Fragen zur Sprache kamen, die die öffentliche Sicherheit in der Stadt betrafen. Der Bürgermeister wies auf den ersten Anlaß dieser Zusammenkunft hin, die dem Zweck dienen soll, die Stadt ordnungsgemäß den französischen Truppen zu übergeben. Bis zur Übergabe besorgen Mannschaften der bayerischen 17. Reserve-Division den Schutz der Stadt. Die Garnison von Haguenau hat gestern den Ort verlassen.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags trafen die ersten Vorposten der Alliierten, Franzosen, Engländer und Amerikaner, in Autos sowie in kleineren Abteilungen in Metz ein.

Die Tschecho-Slowaken mit Deutschland im Kriegszustand.

Aus Weikelsdorf wird gemeldet, daß tschecho-slowakische Truppen Halbstadt besetzt haben und die reichsdeutsche Bahnhofswehr unter der Drohung sonstiger Internierung zum Abzug gezwungen haben, da der tschecho-slowakische Staat sich mit Deutschland im Kriegszustand befindet.

Im Zusammenhang hiermit dürfte folgende Meldung stehen: Wie der „Volks-Anzeiger“ von maßgebender Quelle erzählt, sind geschlossene Formationen unserer Truppen nach dem Osten unterwegs.

Die Tschecho-Slowaken erwerben sich durch ihr Vorgehen sicherlich keine Freunde.

Verhandlungen über die Aufhebung der Blockade.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erhält aus dem Haag folgende Drahtmeldung: Heute wurde das folgende drahtlose Telegramm im Haag aufgegeben: „Dringend wichtig! Um Gelegenheit zu einer Diskussion über die Frage, wie die Blockade beendet werden könne, zwischen General Nudent und Koch herbeizuführen, wird gebeten, einen Delegierten zu entsenden, damit er staatswirtschaftliche Fragen im Interesse des Handels mit deutschen wirtschaftlichen und industriellen Vertretern bespreche.“

Die Ernährungslage.

Gegen lokale Anfuhrverbote.

Verchiedene Arbeiter- und Soldatenräte erlassen lokale Anfuhrverbote, durch welche die allgemeine Volksernährung aufs schwerste gefährdet wird. Es ist dringend zu wünschen, daß diese an die Gefährdung mancher Landräte erinnernde Tätigkeit bald eingestellt wird und die Reichsregierung in diesem Sinne wirkt.

Konier meldet: Die Politik der Alliierten bezüglich der Lebensmittelversorgung von Oesterreich und Deutschland beruht auf dem Prinzip, daß 1. die Bedürfnisse der Alliierten selbst, 2. die der Neutralen und 3. die der gegenwärtigen Feinde berücksichtigt werden müssen. Die Alliierten können sich nicht einschließen, etwas zu tun, ehe sie nicht die deutschen und österreichischen Fahrzeuge haben. Danach werden die Schritte unternommen zur Wiederherstellung der Bedürfnisse der feindlichen Länder und feststellen, wie groß der Ueberschuß ist, der für Deutschland und Oesterreich reserviert werden kann.

Eine weitere Note Solfs an Lansing.

Die „Tägl. Rundschau“ meldet aus dem Haag: Holländisch Neues Bureau meldet, daß Staatssekretär Solfs an Staatssekretär Lansing eine neue Note gerichtet hat. Es wird darin u. a. erwähnt, daß es bei dem Deutschland gegenwärtig zur Verfügung stehenden Material unmöglich ist, eine auch nur in engen Grenzen gefahrlose Versorgung der Städte mit Lebensmitteln sicherzustellen, abgesehen von dem ferner notwendigen Transportmaterial für Kohlen usw. In der Note wird weiter gesagt: Wir sind außerstande, auch nur für eine Woche die Versorgung garantieren zu können, und müssen, da die Verhältnisse im Osten und Westen, Süden und Norden gleich liegen, damit rechnen, daß gleichzeitig in allen Teilen des Reiches Hungerrevolten als Folge der Transportmangel entstehen, deren weitere Folgen unabsehbar wären. Ferner hat die Aufrechterhaltung der Blockade, insbesondere in der Ostsee zur Folge, daß sowohl die für unsere Industrie notwendigen Transporte als dem Norden wie die der für die Standorte unentbehrlichen deutschen Kohlen unmöglich sind und die davon abhängenden deutschen und finnischen Industrien zur Arbeitsmangelung wenn nicht zum Stillstand bringen. Falls die Lahnung der Nord- und Ostseehäfen während der Dauer der Blockade anhält.

Wir hatten unseren Vertreter in Esaa angewiesen, obige dringenden Wünsche mit den Vertretern der alliierten Regierungen zu besprechen. Diese hatten aber keinen Erfolg, da die Vertreter der Alliierten keine Vollmachten zur Verhandlung zu haben scheinen. Wir bitten angesichts der drohenden Gefahren, die aus dem erwähnten Mangel an Transportmitteln entstehen, deren weitere Ausmaß nicht abzusehen ist, um ein Dar zu berechnen, an dem unsere Vertreter mit der Berücksichtigung der Alliierten zu Verhandlungen der eiligen Frage zusammenkommen können. Da die Transportfrage in Wasser und zu Lande täglich schwieriger wird und die zurückbleibenden Truppen alle Organisationsmaßnahmen drohen, bitten wir, seine Zeit zu verlieren, damit wir ungenötigt sind, die bisher noch bestehende Ordnung wieder aufrechtzuerhalten.

Schwerwaltungen sind daher genötigt, den öffentlichen Personenverkehr auf das alleräußerste, selbst bis zu einem einzigen Zuge in jeder Richtung auf den einzelnen Strecken einzuschränken. Ein durchgehender Fahrplan kann nicht beibehalten werden. Die Reisenden werden infolgedessen leider gezwungen sein, auf den einzelnen Bahnhöfen auch aus den dortigen Bekanntheitskreisen über die streckenweise verkehrenden Personenzüge nähere Erkundigungen einzuziehen.

Verordnung über Post- und Telegrammüberwachung im Verkehr mit dem Ausland.

Die Reichsregierung bestimmt mit Gesetzkraft was folgt: Der § 1 der Post- und Telegrammüberwachung im Verkehr mit dem Ausland wird bis auf weiteres aufrechterhalten, soweit sie in dem Steuerinteresse oder aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich ist. Auf militärische oder politische Angelegenheiten darf die Überwachung nicht erstreckt werden. § 2: Die bisherigen Überwachungs- und Prüfungsstellen bleiben zu dem in § 1 Satz 1 bezeichneten Zwecke bestehen und werden dem Reichspostamt unterstellt.

Die Fortschrittler und die neue Zeit. In einer Tagung des Bundesauschusses der Fortschrittlichen Volkspartei für Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck wurde am Sonntag ein Beschluß gefaßt, der u. a. besagt: Die Wiederaufrichtung des deutschen Volkes und Staates kann sich in Ruhe nur auf dem Boden der Republik vollziehen. Der Versuch einer Wiederherstellung der Monarchie würde für das deutsche Volk verhängnisvoll sein. Die Gestaltung der deutschen Republik ist Aufgabe der Nationalversammlung, die unverzüglich den Friedensschluß herbeiführen und den Rechtszustand im Innern erklären muß. Bis zur Einbringung sind nur die Regierungsmaßnahmen zulässig, die die Sicherheit und die Ernährung des Volkes erfordern. Es ist die Errichtung einer einheitlichen demokratischen Volkspartei in die Wege zu leiten.

Eisenbahnverkehr Lübeck-Eutin. Vorläufig verkehren folgende Züge: Ab Lübeck 7,23 Uhr morgens, 12,28 Uhr und 1,57 Uhr mittags, 6,30 Uhr abends. Ab Eutin 6,00, 8,47 morgens, 2,38 und 7,45 Uhr nachmittags.

Vom Lübecker Hafenerverkehr. Im Laufe des Krieges, hauptsächlich in den ersten Kriegsjahren, hat der Schiffsverkehr im hiesigen Hafen einen Aufschwung genommen, wie ihn wohl niemand voraussehen konnte. Eine Anzahl Hamburger Reedereien und Speditionskontoren errichtete hier dem auch Zillalen, um dadurch ihre Geschäfte vorteilhafter betreiben zu können. Später hat sich der Verkehr wieder verringert, da die nordischen Länder nur noch wenige Artikel abzugeben hatten und es ebenso sehr an Nachfrage mangelte.

Im vorjährigen Herbst wurden noch täglich große Mengen an Kohlen und Holz nach Dänemark und Schweden verschifft. Die norwegische Flotte war allerdings im Lübecker Hafen immer seltener geworden. Im Verlaufe der letzten Monate ist das aber auch bezüglich der dänischen und schwedischen Flotte der Fall gewesen. Wohl hielten die regelmäßigen Leuchtdampfer ihre Fahrten aufrecht, für die sogenannten wilde Fahrt waren aber keine Frachten vorhanden. Einen Ausgleich schaffte man durch die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Finnland, der bis zu einem gewissen Grade auch eingetreten ist und gute Umsätze hat. Seit der Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen ist der deutsch-finnische Verkehr wieder lahmgelegt. Große Abfälle in Holz, die von Lübecker Firmen gefertigt worden sind, werden, so schreibt man von hier dem „S. Korv.“, infolge der veränderten Verhältnisse wohl kaum zur Ausführung kommen; auch rechnet man damit, daß mit Eintritt des Friedens Finnland keinen Uberschuß an Holz wohl eher an England als an Deutschland abgeben wird, weil England infamde sein dürfte, weit höhere Preise anzulagen. Durch die Waffenstillstandsbedingungen befürchtet man auch eine plötzliche Rahmlegung des Verkehrs mit Dänemark und Schweden. Verschiedene Kapitäne, namentlich schwedische Schiffe, die in diesen Tagen die Heimreise antraten, erklärten, daß sie wohl erst nach Eintritt des Friedens die Fahrten nach Lübeck wieder aufnehmen können. Die Befürchtung wird von anderen Kapitänen der nordischen Länder nicht geteilt, sie glauben, daß ihnen die Blockade nicht hinderlich sein wird, den Verkehr zwischen ihren Ländern und Deutschland aufrecht zu erhalten. So sind denn auch in den letzten Tagen Schiffe aus Dänemark und Schweden hier eingetroffen.

Wohnwagen der Straßenbahn. Um den berechtigtesten Wünschen der Vorortbewohner Rechnung zu tragen, wird, soweit es die heutigen Umstände erlauben, bis auf weiteres auf den Linien nach Schwartau, Rüdnitz und Schlutup je ein Spätwagen verkehren. (Siehe Anzeigenteil.)

Zu dem Auftreten der Grippe, die im Monat Oktober in so bedauerlichem Maße in Lübeck an Umfang und Schwere zugenommen hatte, ist — wie wir von berufener Seite erfahren — jetzt ein erfreulicher Nachlaß zu verzeichnen. Wenn auch in der ersten Dekade des November noch eine erhebliche Zahl von Todesfällen an Grippe, namentlich durch unglücklichen Verlauf der aus dem Oktober stammenden Erkrankungen, zu verzeichnen war, so läßt das jetzt deutliche Seltenerwerden der Erkrankungen hoffen, daß wir von einer feuchthafte Verbreitung der Krankheit in absehbarer Zeit frei sein werden.

Schulungsversammlung. Wir werden ersucht, auf die im Infanterietal veröffentlichte Anzeige einer Schulungsversammlung der Metallbranche hinzuweisen. Es soll über die nächsten Schritte Beschluß gefaßt werden, u. a. ist eine Forderung auf Lohn-erhöhung und 5-jährige Lehrzeit beabsichtigt. Zutritt haben nur Lehrlinge.

Stadttheater Lübeck. Am Mittwoch (Vuktag) findet eine Nachmittags- und Abendvorstellung statt. Die Vorstellungen sind vom Soldatenrat genehmigt. Nachmittags 8 Uhr gelangt der kleine Breiten „Der Hüthenberger“ zur Aufführung. Abends 7 Uhr außer Abonnement „Carmen“. Frau Weckend-Heide vom Stadttheater in Hamburg wird die Partie der „Carmen“ und Herr Wilhelm Wagner den „José“ singen. Opernpreise.

Zu Hansa-Theater gelangt morgen, Mittwoch, abend „Die tolle Komödie“ zur Aufführung.

Diebstahl und Hehlerei. Ermittelt und festgenommen wurde ein Sommer aus Mannheim, der aus der Wäscherei eines in der Parkstraße wohnhaften Privatmannes verschiedene Wäschstücke gestohlen und diese zu einer in der Luisenstraße wohnhaften Frau gebracht hatte. Letztere dürfte sich wegen Hehlerei zu verantworten haben.

Ein Ganjebieb. Bei dem Versuche, zwei Gänse zu verkaufen, wurde gestern ein wegen Diebstahls bereits verurteilter Arbeiter aus Marienberg angehalten. Wie festgestellt, hatte er die Gänse auf einem Hof in der Nähe von Gieschendorf gestohlen und an Ort und Stelle geschlachtet.

Hamburg. Neue Lohnsätze auf den Werften. Zwischen den Vertretern der Hamburger Werften und den bevollmächtigten Arbeiterräten der Werften sind folgende Lohnregelungen vereinbart worden: Die Arbeitszeit beträgt überall 8 Stunden täglich; die Alltagsarbeit wird abgepflichtet. Die Lohnsätze für die Stunde betragen: für gelernte Arbeiter 2,40 Mark, für angelernte 2,30 Mark, für ungelernete 2,10 Mark, für Jugendliche bis zu 15 Jahren 50 Pfg., bis 16 Jahren 1 Mark, bis 17 Jahren 1,30 Mark, bis 20 Jahren 1,60 Mark, für Lehrlinge im ersten Lehrjahre 50 Pfennig, im zweiten Jahre 75 Pfg., im 3. Jahre 1 Mark, im vierten Jahre 1,30 Mark und für ausgeleitete bis zum 20. Jahre 2 Mark. Frauen, die als Facharbeiterinnen arbeiten, werden wie angelernte Arbeiter bezahlt; für alle übrigen beschäftigten Frauen wird der Lohn besonders vereinbart. Für die Tage vom 6. bis 9. November wird eine entsprechende Entschädigung gewährt. Die Arbeiterräte sorgen für Ruhe und Ordnung.

Hamburg. Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerchaft. Der Arbeiter- und Soldatenrat bestimmt: Für alle das Volk vertretenden Körperschaften in der Stadt Hamburg, ihrem Landgebiet und dessen Gemeinden gilt in Zukunft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts mit einer Altersgrenze von 20 Jahren nach dem Grundsatze der Verhältniswahl. Für die Stadt Hamburg, ihr Landgebiet und dessen Gemeinden wird tünftlich bald eine Bürgervertretung und eine leitende Verwaltungsbehörde geschaffen werden. Bis zur endgültigen Konstituierung dieser Körperschaft beruft der Arbeiter- und Soldatenrat zum Zwecke der Aufrechterhaltung der hamburgischen Verwaltung, insbesondere des hamburgischen Finanzwesens, die Mitglieder des früheren Senats und der früheren Bürgerchaft, denen, unbeschadet der politischen Gewalt durch den Arbeiter- und Soldatenrat, die Erledigung der zur Erreichung der genannten Zwecke erforderlichen Angelegenheiten obliegt. Gegen ihre Beschlüsse steht dem Arbeiter- und Soldatenrat das Veto zu. Dem Senat werden als Beigeordnete vier Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates beigegeben. Ebenso wird der Finanzdeputation ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates als Beigeordneter beigegeben. Der Senat selbst bis zur anderweitigen Regelung die den einzelnen Verwaltungszweigen vorgelegte Aufsichtsbehörde und die Beschwerdeinstanz in Verwaltungsangelegenheiten. Dem Senat liegt fern die ihm durch die Reichsgesetzgebung übertragenen Mitwirkung in Verwaltungsangelegenheiten ab. Hamburg, der 18. November 1918. Der Arbeiter- und Soldatenrat, Hausberg, W. Heise. — Durch die vorstehende Verordnung werden Senat und Bürgerchaft, so weit das Gebiet der Verwaltung reicht, wieder in ihre Tätigkeit eingesetzt. Zusammen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat sind sie berufen, an der Spitze der hamburgischen Verwaltung in Wirksamkeit zu treten.

Hamburg. Grobfeuer. In Buchholz wurde das Maschinenhaus der Imprägnierwerke nebst seiner gesamten inneren Einrichtung durch Feuer vernichtet. Nachforschungen ergaben, daß Brandstiftung vorlag, und zwar ist der auf den Imprägnierwerken beschäftigte Schmiedegessele und Feiler Birnbaum aus Unter-Lindow, Kreis Lebus, der Täter gewesen. Er wurde festgenommen und dem Amtsgerichtsgefängnis Harburg zugeführt. Vor Anlegung des Feuers hatte er vorzüglich 60000 Liter Öl aus dem Vorratsbehälter im Maschinenhaus austausen lassen.

Schleswig-Holstein. Vertagung der kommunalen Wahlen. An alle Arbeiter- und Soldatenräte! Nachdem der Rat der Volksbeauftragten mit Gesetzeskraft für ganz Deutschland das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Personen beiderlei Geschlechter vom 20. Lebensjahre ab verhängt hat, ist das Wahlrecht der schleswig-holsteinischen Städte, Gemeinden und der schleswig-holsteinischen Landgemeinde-Ordnung abgelehrt worden. Wir empfehlen deshalb für alle Stadt- und Landgemeinden, in denen kommunale Wahlen angelegt sind, die Vertagung dieser Wahlen vorzuziehen. Wirkung der Vertagung ist nach den Bestimmungen der Städteordnung, daß die Ausschleissenden vorläufig im Amte bleiben. Der Beigeordnete beim Regierungspräsidenten: Gd. Adler. Von demselben Beigeordneten wird folgende Regelung des Waffentragens vorgeschlagen: Auf wiederholte Anfragen, wie es mit den Waffen zu halten sei, empfehle ich den Arbeiter- und Soldatenräten, folgende Grundsätze in Erwägung zu ziehen: 1. Soldaten haben Waffen nur zu führen, wenn sie im Dienste sind. 2. Soldaten, die Waffen tragen, dürfen öffentliche Versammlungen nur betreten, wenn sie ein besonderer dienstlicher Auftrag dazu verpflichtet sind. 3. Zivilpersonen haben alle Waffen, versehen mit einem Zettel, aus dem sich der Name des Eigentümers und seine Wohnung ergibt, an die dazu bestimmten dienstlichen Stellen gegen Quittung abzugeben. 4. Personen, welche Jagdgewehre für die Ausübung eines ihnen zustehenden Jagdrechtes zu behalten wünschen, müssen unter Vorlage der Papiere über ihre Jagdberechtigung besonderen Antrag stellen, der ihnen auf Widerruf bewilligt wird.

Kiel. Hamsterlager an der Kieler Förde. Der Stierungsanstalt des Soldatenrats in Friedrichsort hat in diesen Tagen Hausinspektionen nach Hamsterlagern an der Förde gehalten und überraschende Ergebnisse erzielt. In Heidenhof z. B. wurden solche Hamsterlager unter Hinzuziehung des ständigen Gendarmereisenschaftmeisters bei Geschäftsräumen und in gewissen Haushaltungen vorgenommen. Große Mengen von Weizen und anderen geistigen Getränken zu vielen Tausenden von Flaschen, Zigarren, Zigaretten und Weisensmitteln der verschiedensten Art wurden ans Tageslicht befördert und beschlagnahmt, soweit es sich um rationierte Waren handelt oder der Verdacht des Schleißhandels, der Höchstpreisverletzung, des Wuchers oder der Steuerhinterziehung besteht. Urge Mißstände wurden auf ländlichen Höfen und in Mühlen in der Nähe von Schönberg aufgedeckt: zahlreiche heimliche Schlachtungen von Schweinen und Rindern, deren Fleisch zu Wucherpfeifen verkauft wurde, große Lager von Mühlenprodukten, mit denen ebenfalls Wucher getrieben wurde, ungeheure Mengen von Korn selbst aus der vorigen Ernte, die der Kontrolle der Reichsgesetzstelle entzogen waren, verbotenes Ausschmuggeln von Korn usw. In den Ställen wurden zahlreiche Schweine von einem so statischen Gewicht gefunden, daß ein Mannes Herkules von Korn unzweifelhaft statgefunden haben müßte. Niemand hatte sich vorher um diese Dinge gekümmert, die ganz offen getrieben wurden. Landleute, die unter Verletzung der gesetzlichen Vorschriften geschlachtet hatten, zeigten Erlaubnis-scheine vor, auf denen die Unterschrift fehlte. Auch wurden größere Mengen von Reis gefunden, die ein Kieler Verein vor längerer Zeit für unbenutzte Kranke auf dem Lande zur Verfügung gestellt hatte. Die Reis waren infolge dieser Bestimmung zum Teil nicht zugeführt worden, sondern in unbefugte Hände gelangt. Es wurden Schweine, Fleisch, Korn usw. beschlagnahmt und der Verwertung durch die Allgemeinheit zugeführt.

Hendenburg. Vier Personen durch Leuchtgas vergiftet. Ein erschütternder Unglücksfall hat sich vor einigen Tagen in Hohenwestedt zugetragen. Am Morgen fand man die dortige Gasmahnerin, Frau Stier mit ihrer Tochter sowie deren Kinder im Alter von zehn und zwei Jahren infolge Gasvergiftung tot im Bette. Die übrigen vier Kinder konnten gerettet werden.

Die rückwärtige Heereswoge. Köln, 19. November. Die Woge der Frontsoldaten wird sich in den nächsten Tagen in der gemeldeten Weise über Köln ergießen. Zwei große Armeen, die 5. und die 17., werden den Versuch machen, in dem schmalen Raum zwischen schließlich Deuz und nördlich Bonn den Weg über den Rhein zu nehmen. Jede der Armeen wird etwa 400000 Mann zählen, mit 140000 bis 150000 Pferden und unzähligen Wagen.

Fortschreiten der Präliminarfriedensverhandlungen.

U. Kosterdam, 19. Nov. Die Verhandlungen über den Präliminarfrieden sind in bestem Fortschreiten. Man nimmt an, daß sie nur kurze Zeit beansprucht werden. Wilson soll England und Frankreich zu bedeutenden Zugeständnissen veranlaßt haben. Wilson hofft jedoch, daß die Wahlen zur Nationalversammlung sobald wie möglich ausgeschrieben werden, da von der inneren Politik Deutschlands die Belieferung mit Lebensmitteln abhängt. Wilson will Deutschland außerdem noch weitgehende Zugeständnisse für die Lieferung von Rohstoffen machen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Wo sind die Lübecker Beamten?

Die Lübecker Beamten aller Art, Männer wie Frauen, bilden die Hauptmasse im „Rat der vereinigten Berufe“. Dürfen sie erwarten, dort zu finden, was sie suchen: Mitarbeit und Mitbestimmungsrecht bei der Neugestaltung unseres Volkslebens? Nein! L. der A. d. v. B. entbehrt durchaus eines Einigungspunktes. Einigkeit macht stark, aber sie jeht etwas voraus, in dem man eins ist. Was ist das im A. d. v. B.? Der Wille zur Mitarbeit und das Interesse an der besondern lübeckischen Angelegenheiten ist das nicht, denn beides ist eben bei den Arbeitern vorhanden, die diesem Rat nicht angehören. Auch bei den lübeckischen Angelegenheiten handelt es sich um politische Betätigung und politische Macht. Bis jetzt bestimmte sich die Zugehörigkeit des Einzelnen zu den Parteien wesentlich nur unter dem Einfluß von Besitz und Stand. Darum besaßen nur die höchsten Beamten eine politische Bedeutung. Was sich aber in diesen Tagen anbahnt, ist deutlich eine Neuordnung mit: dem bestimmenden Gesichtspunkt der berufstätigen Arbeit. Wie der Wert des Einzelnen künftig mehr als früher darnach bestimmt werden wird, daß er einen Beruf ausübt und wie er ihn ausübt, so werden auch die großen Berufsgruppen voraussichtlich die politischen Parteien bilden. Eine solche große Gruppe sind die Beamten; in den Grundbedingungen ihrer wirtschaftlichen Existenz haben sie alle die gleichen Interessen. Die Beamten haben also ein Recht, von der Neugestaltung des politischen Lebens viel zu hoffen, wenn sie sich jetzt organisieren. Im A. d. v. B. können die Beamten unmöglich die ihnen günstige Organisation erblicken, denn jede Berufsgruppe hat ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen, jedoch das Lübecker Beamtentum in diesem Rat voraussichtlich in inneren Reibungen seine Kräfte verbrauchen und Zeit und Gelegenheit zu politischen Erfolgen verpassen würde.

Der A. d. v. B. sichert dem Lübecker Beamten keinen Anschlag an die in der Bildung begriffenen großen Parteien im Reich.

Dieser Rat steht mitten zwischen der alten und der neuen politischen Orientierung; er will seine Stellung weder nach Besitz und Stand noch nach dem Beruf wählen. Wie er infolge dessen hier bei der Neuordnung eine Bedeutung nicht gehabt hat, so wird er eine solche auch über Lübeck hinaus nicht finden. An wen sollte er sich anschließen? Nirgends sonst ist man bei einer solchen Organisation stehen geblieben, die als Reichsorganisation glattweg undenkbar ist.

Im A. d. v. B. betätigen sich Männer, deren Bündnis oder gar Führung zu suchen den Beamten nicht förderlich sein kann.

Es ist menschlich schön, wenn eine politische Partei auch ihrem geschlagenen Führer die Treue hält — aber man sucht sich, wenn man Führer braucht, nicht absichtlich solche heraus, die gerade erst geschlagen worden sind. Man braucht den, der Unglück gehabt hat, auch in der Politik nicht zu meiden — aber man wählt zu Verbündeten nicht ausgeprochenermaßen diejenigen, deren Politik jedoch erst einen Zusammenbruch ohne gleichen erfahren hat. Was ist von der politischen Einstellung solcher Männer zu halten, die noch im Mai die Kriegszustandgebung der Bürgerschaft veranlaßt haben, die noch vor wenigen Wochen mit Gewalt das Reich in die finnischen Angelegenheiten verwickeln wollten? Die Bürgerchaftsverhandlungen vom 7. 5. geben genügenden Anhalt für die Wertung der politischen Leistung von Männern, die auch jetzt wieder vor der Öffentlichkeit erscheinen, anstatt sich nach solcher politischen Betätigung Ruhe zu gönnen. Mancher mag die Vertretung seiner bisherigen Anschauungsweise gerade jetzt für Pflicht und sich selbst dazu für unentbehrlich halten; mancher legt auch eine Geschmeidigkeit und Anpassungsfähigkeit an den Tag, die nicht jeder für sich wünschen wird. Die Beamten haben ganz und gar keine Veranlassung, mit dem einen oder dem andern sich zu verbünden, oder in ihre Gesellschafft einzutreten.

Der A. d. v. B. arbeitet für die Beamten zu teuer.

Der Rat hat bislang an die Beamten überhaupt keine finanziellen Anforderungen gerichtet. Gerade darum gilt die Behauptung, Das Verhältnis der Beamten zu diesem Rat stellt sich als ein Geschäft dar, in das einige Teilhaber ihre Kraft, ihren Namen und ihre Aussicht in einlegen, während das Kapital von anderer Seite zur Verfügung gestellt wird. Es liegt auf der Hand, daß sich daraus recht schwierige Verhältnisse ergeben können. Die staatsbürgerliche Schulung der Lübecker Beamten hat sie bisher vor der Berührung mit solchen Geschäften, die ihnen gefährlich werden könnten, sorgsam gehalten. Die Lübecker Beamten werden daher auf alleseitige Billigung rechnen dürfen, wenn sie vorziehen als Anfänger sich in ihrer Politik recht und schlecht selber zu befehlen, sich von fremden Leuten nichts schenken zu lassen, die Lasten ihrer Organisation selbst zu tragen — dafür aber die volle Freiheit ihrer Bewegung und die ungetriebene Aussicht auf den Erfolg ihrer Bemühungen sich zu wahren. Die Erörterungen dieses Punktes hängen aufs engste mit denen des vorigen zusammen. Es muß laut gefragt werden: Wessen Geschäfte sollen die Lübecker Beamten besorgen?

Es ist bedauerlich, daß den hiesigen Beamten eine Organisation noch fehlt. Aber Veräusertes läßt sich nachholen, und der Anschlag an einen das Reich umfassenden Beamtensverband wird auch den Lübecker Beamten möglich sein, wenn sie sich durch ihre politische Stellungnahme nicht selbst den Weg dazu versperrt. Auf diese Gefahr mußte hingewiesen werden. Es soll einen Lübecker Beamtensbund geben. Ich fordere ihn öffentlich auf, eine Verammlung der Beamten sofort zu berufen. Es ist Gefahr im Verzuge! Im A. d. v. B. finden die Beamten nicht, was sie suchen müssen: politische Mitarbeit und politischen Einfluß!

Aus der Partei.

Eine Tageszeitung der Spartakusgruppe. Gestern morgen hat die Tageszeitung der Spartakusgruppe, „Die rote Fahne“ zu erscheinen begonnen. Als Schriftleiter zeichnen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Berlin besitzt also jetzt drei sozialistische Tageszeitungen.

Gewerkschaftsbewegung.

Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften. Die bereits bekannte Vereinbarung zwischen Unternehmer- und Arbeiterverbänden wird jetzt amtlich veröffentlicht mit folgendem Zusatz der Reichsleitung: Diesen Vertrag veröffentlicht wir mit dem Einverständnis der Leiter der Reichsbetriebe, seine Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wird das gleiche empfohlen.

Neueste Nachrichten.

Elbisch-Lothringen. Straßburg i. E., 19. November. Dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat ist folgendes Telegramm der Berliner Reichsleitung zugegangen: Die Belegung Elbisch-Lothringens durch den Verband präjudiziert nicht die Lösung der elbisch-lothringischen Frage nach den völkerrechtlichen Grundsätzen und der Selbstbestimmung der Völker. Gg. Ebert. Haase.

Briefkasten.

Pastor Wittenstein u. a. Ihre Eingekandts haben dadurch Erledigung gefunden, daß das Nationalfest des Erl.-Ver. 162 vom Totenonntag auf den vorhergehenden Sonnabend verlegt wurde.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Randgebieten“

und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Mege & Co. Sämtlich in Lübeck.

Zur Vorgeschichte der Revolution.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte die Absicht, in der Ersten Badischen Kammer, deren Vizepräsident er war, über seine Führung der Reichsgeschäfte Rechenschaft abzulegen. Da der Landtag nicht mehr einberufen wurde, konnte der Prinz die Rede nicht mehr halten. Er wird jedoch von der Redaktion der „Preussischen Jahrbücher“ als Flugchrift veröffentlicht.

Prinz Max erklärt, er sei sich bei Übernahme des Reichskanzleramtes dessen Bewußt gewesen, daß der Krieg verloren war. Er habe Deutschland, soweit dies noch möglich war, durch demokratische Umgestaltung und Völkerverbundung retten versucht, habe aber dieses Ziel nicht erreichen können. Den Hauptgrund dieses Mißerfolges gibt er folgendermaßen an:

„Meine Friedenspolitik wurde entschieden gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das mit fertig vorgelegter Forderung der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, der ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu belegen. Weder das eigene Volk, noch das feindliche Ausland hätte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verweisslungsschritt notwendig wäre.“

„Ich machte den Gegenorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Uebereinstimmung mit den Grundgedanken des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundgedanken auch schwere nationale Opfer zu bringen.“

Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden; die Lage an der Front erfordere binnen vierundzwanzig Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgab, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbelasteten Regierung zu unterzeichnen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten.

Prinz Max schildert nun die Wirkung des Waffenstillstandsangebots. Bei der Entente wurde der Siegesübermut durch die Sondersanktionen der Verbündeten wurden herabgemindert, weiterer Widerstand bot keine Aussicht auf Erfolg, es mußte nur vor den Feinden die Möglichkeit aufrechterhalten bleiben, daß es bestimmte Grenzen gab, gegen die Deutschland selbst einen hoffnungslosen Kampf aufnehmen würde.

Prinz Max geht dann auf die Ursachen des Zusammenbruchs in der inneren Politik ein. Die Ausschaltung aller Lebensregierungen war im besten Gange, bei dem ersten Konflikt gab Ludendorff nach, beim zweiten nahm er seinen Abschied. Da kam die Aufzollung der Abhängigkeitsfrage durch Präsident Wilson. Der Prinz äußert seine Besorgnis über die Dauerorientierung, dessen freiwilliger Aufbruch das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren könnte. Man dürfe das Zögern des Kaisers nicht falsch verstehen, es seien gewichtige Einflüsse am Werk, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front wäre. Dann fährt Prinz Max wörtlich fort:

„Als ich nach den Krieger Vorgängen die Gefahr des Bürgerkrieges immer näher rücken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert, und teilte ihm mit, daß ich noch am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte. Er versprach mir, das Seinige dazu zu tun, damit keine Partei und die Massen das Ergebnis meines Besuches abwarten. Am Nachmittag desselben Tages aber überbrachten mir Herr Scheibemann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang, meine Entlassung anzunehmen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu vergewaltigen, sondern zu überzeugen.“

„Sie werden es mir erparen, über die Schritte zu sprechen, die ich nach meinem Entlassungsgesuch unternommen habe. Sie hatten nur den einen Zweck, den unvermeidlich gewordenen Umsturz sich ohne einen Bürgerkrieg vollziehen zu lassen. Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben und ihn

unterstützten, nicht rechnen. Ich glaube noch heute, daß sich der Volkswille ohne Gewalt hätte durchsetzen können auf dem Wege der gesetzgebenden Versammlung, die nach dem Zerfall Oesterreichs eine Schrenckschicht geworden war. Ich kann den Gedanken nicht los werden, daß vielleicht doch unsere Arbeiter und Soldaten noch 24 Stunden Geduld gehabt hätten, wenn Führer aus ihrer Mitte ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Heimatfront so deutlich gemacht hätten, wie den Soldaten an der Front es deutlich war, daß die Schlachtfrent gehalten werden mußte. Dann wäre nicht der Zusammenbruch gekommen einen Tag vor der Waffenruhe.“

Der Umsturz hat sich unwiderzweifellich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann uns als Nation retten, und sie kann uns als Nation zerstören.

„Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist und dem es Ueberzeugungssache ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste, nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch

eine verfassungsgebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Ujurpierte Macht erträgt das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorff befreit; es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber eine Schande wäre es für Deutschland, wenn uns die Feinde, die nur mit einer rechtmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung anbefehlen müßten.“

Hier darf die Regierung sich nicht die Initiative nehmen lassen; wenn sie demokratisch handelt, dann kann sie sicher sein, daß ihre die freiwilligen Kräfte aus allen Lagern zuströmen werden, um ihr bei der übermenschlichen Aufgabe zu dienen.

Der frühere Reichskanzler sagt dann weiter, daß militärischer Widerstand unmöglich sei, aber moralischer geistlich werden müsse. Der uns zuge dachte Friede sei viel schlimmer, als der „wahrlich nicht nachahmenswerte“ Frieden von Brest-Litowsk. Würden die Waffenstillstandsbedingungen bleiben, wie sie sind, so sei der Völkerverbund tot vor seiner Geburt. Kein Volk aber dürfe in Ketten an den Verhandlungstisch geführt werden. Der Prinz schließt mit den Worten eines Soldatenbriefes: „Gebe der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Kriege hervorgeht.“

Die Hauptbedeutung dieser Schrift des Kanzlers der zwischenrevolutionären Epoche liegt in der Klarlegung der Umstände, unter denen das Waffenstillstandsangebot zustande gekommen ist. Die alldeutsche Lüge, die Politik der demokratischen Regierung hätte dem gerühmten Militarismus das Rückgrat gebrochen, wird scharf enttüllt. Der Militarismus ist in sich selbst zusammengebrochen, Ludendorff hat zum Abschluß des Waffenstillstandes und damit zum Frieden um jeden Preis gedrängt.

Gemeinsamer Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des niederländischen Gewerkschaftsverbandes.

Sonnabend mittag wurde im Zirkus zu Rotterdam der Kongreß eröffnet, der gemeinsam von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und den niederländischen Gewerkschaftsverbänden einberufen worden war. Eine Resolution, die dem Kongreß vorgelegt wurde, betont, daß am Ende des Weltkrieges der Arbeiterklasse die historische Aufgabe zufällt, dafür zu sorgen, daß der Wiederaufbau des wirtschaftlichen und sozialen Lebens so geschieht, daß sie darin den Platz erhält, der ihr nach ihrer Zahl und wirtschaftlicher Bedeutung gebührt. Der Kongreß begrüßt mit aufrichtiger Freude die Tatsache, daß in Deutschland und Oesterreich die Sozialdemokratie die Aufgabe der Demokratisierung und Sozialisierung im Lebensinteresse der Arbeiterklasse in die Hand genommen und spricht die Hoffnung aus, daß es der deutschen Revolution, die auf so glänzende Weise den Sieg errang, in ebenso glänzender Weise gelingen werde, ihre sozialpolitischen Ziele zu erreichen. Der Kongreß appelliert an die organisierte Arbeiterklasse der Ententeländer, um die Friedensbedingungen derart zu beeinflussen, daß die große Aufgabe, die die

deutsche Revolution nicht allein im Interesse des deutschen Volkes, sondern aller Völker zu erfüllen hat, nicht durch die Zerschlagung des Wirtschaftlebens und die hungerende Bevölkerung gehindert werde. Die Revolution spricht sodann von der wirtschaftlichen Desorganisation, die der Krieg auch in Holland verursacht, wo die Kapitalbildung der Kriegsgewinner und die Leiden der breiten Massen und Arbeiter infolge der Lebensmittelnot solche Verhältnisse geschaffen haben, daß die Rückkehr zu einer normalen und friedlichen Entwicklung nur zu erreichen ist, wenn es durch eine tiefgreifende Politik und durchgreifende Reformen möglich gemacht wird.

Es werden folgende Programmpunkte aufgestellt: 1. Sofortige Demobilisierung mit Entschädigungen für die Dauer der Arbeitslosigkeit der Demobilisierten. 2. Die sofortige Einführung des allgemeinen Frauenstimmrechtes und des Stimmrechtes für alle Volljährigen. 3. Die Abschaffung der ersten Kammer. 4. Die Deckung der Kosten aller Kriegsausgaben und sozialen Maßnahmen durch Besteuerung des Großkapitals und des Großgrundbesitzes. 5. Die Sozialisierung aller Betriebe, die sich dafür eignen. 6. Schnelle befriedigende Abhilfe der Wohnungsnot. 7. Verbesserung der Lage der kleinen Bauern. 8. Bewilligung aller Forderungen des Bundes der Dienstpflichtigen und des Bundes der niederen Marinepersonalen. 9. Beilegung des Streitgesetzes vom 1903. 10. Lebensmittelversorgung als gemeinschaftliche Aufgabe unter Mitwirkung von Bauern und Landarbeiter. Konsumisten-Organisationen, Regelung von Produktion und Zufuhr. 11. Einführung von Staatsrenten beim 80. Lebensjahre. 12. Annahme von internationalen Forderungen der Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung (Berner Programm). 13. Sofortige Einführung des gesetzlichen Achtstundentages und des Sechstundentages für Bergarbeiter unter Tage. 14. Vollständige Sorge für Arbeitslosigkeit unter Verwaltung der Arbeiterorganisationen. 15. Eine wesentliche Lohnerhöhung für Arbeiter und Unterbeamte im Staatsdienst und für das Eisenbahnpersonal.

Der Kongreß beschließt die Ernennung eines Aktionskomitees, das beauftragt wird, sich zur Bewilligung der Forderungen dieses Programms an die Regierung zu wenden und im Lande eine solche Agitation zu entwickeln, daß das Programm, getragen von dem einträchtigen und unerschütterlichen Willen des niederländischen Proletariats, unabwendbar wird und dazu jede Form von Demonstration, auch die allgemeine Arbeitseinstellung, zu benutzen.

Bei der Eröffnung wurde mitgeteilt, daß Trotski dem Kongreß nicht beiwohnen wird. Hög. W. L. G. sprach in seiner Einleitungsrede über die Ereignisse der letzten Woche und sagte: Gegenüber revolutionären Plänen ist die Regierung gewappnet. Sie haben im Augenblick keine Aussicht auf Erfolg. Ohne jeden Zweifel wird die Mehrheit im Lande gegen die Revolution Widerstand leisten. Andererseits wird allgemein anerkannt, daß tiefgehende Reformen kommen müssen. Alle Organisationen und Zeitungen erklärten sich bereit, dabei mitzuarbeiten. Die erste Forderung der Agitation ist, daß die Regierung der Einführung des Frauenstimmrechtes keinen Widerstand leistet. Auf der einen Seite gewinnt die Regierung, die auf eine große Unterstützung gegen die Revolution rechnen kann, und auf der anderen Seite gewinnen die Arbeiter, indem ihre Forderungen erfüllt werden. Wir haben eine Realpolitik zu führen, um aus der Lage den Vorteil zu ziehen, der sich daraus ziehen läßt. Wenn aber die Regierung ihre Verpflichtungen nicht erfüllt, dann kann man für nichts einsteifen.

Ueber die Einführung der Republik sagte der Redner: Wir sind Republikaner, aber außerordentliche Bedeutung hat dieser Punkt in unserem Lande nicht.

Aus der Partei.

Ein bevorstehender internationaler Sozialistenkongreß?
Politiken meldet aus Amsterdam: Banderweldt beabsichtigt in seiner Eigenschaft als Präsident der Internationale, demnächst einen internationalen Sozialistenkongreß nach Brüssel einzuberufen, auf dem alle Länder vertreten sein sollen. Aus Genf wird gemeldet: Die allgemeine Arbeiterkonföderation hat in Paris, wie die Sumarite meldet, beschlossen, die Initiative zu sofortiger Einberufung des internationalen Arbeiterkongresses zu ergreifen, um den Völkern Frieden zu sichern und brüderliche Beziehungen zwischen den Völkern wieder herzustellen. Am Sonntag, 24. November, veranstaltet die Konföderation eine Massenversammlung der Pariser Arbeiter und weist Vorschläge, um der Demonstration einen grandiosen Charakter zu geben. Gemeinsam mit der sozialistischen Partei wird die Konföderation eine Erklärung der französischen Arbeiterklasse abgeben, die Wilson übermittelt werden soll. Es wäre nur zu wünschen, daß die Internationale nun endlich zusammen treten würde. Jetzt ist ihr Zusammenritt notwendiger denn je!

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Fortsetzung.

„Ein Mann? Wer?“
„Ein Mann namens — Behrens.“

Reisner wollte einen Freundschafts ausstoßen. Er zog in seinen nur sein Taschentuch und betupfte damit seine Stirn. Sein Land war fälschlich verzogen. „Es ist gut,“ sagte er leise, „ich danke Ihnen.“
„Es ist mir ein Vergnügen,“ sagte Mannheimer jovial, „bezeichnen Sie mich wieder!“
Reisner sahlich die Straße entlang und empfand es als eine Wohlthat, daß er nicht imstande war, zu denken. Sein Kopf war völlig leer, ein schwarzes Loch war darin, und das Blut in seinen Adern wollte nicht fließen.

Er sah die Leute an, an denen er vorüberging, und wußte nicht, daß er es tat. Er starrte vor der Auslage eines Konfektengeschäftes lang auf billige Nougats, las die Preise, sprach die Zahlen laut und nickte billigend dazu. Achtunddreißig Mark. Weizenbrot vierzig Mark. Moderne Mäster. Eleganter St. Peste beige.“

Er ging weiter und mehrere Mädchen kamen ihm entgegen, die einander angehängt, so daß er beinahe in ihre Arme gelaufen wäre. Die Mädchen, lachten laut. Wie freundlich, sagte er zu sich. Ja, es gab noch freundliche Mädchen, die lachen konnten, überhaupt Mädchen, — wie lange hatte er sich dessen nicht mehr erinnert!

Und plötzlich fiel ihm ein, daß er einmal in Kärnten gewesen war. So ein stilles Dorf dort unten, — wie hübsch mußte es sich dort leben! Man hörte Röhre bläsen, ein kaffeebrauner Rauch stieg aus dem Kamin, die kleinen Fenster leuchteten freundlich, und alles war still und friedlich. Dort mußte man allein sein, dort mußte man sein Leben beschließen, niemand würde einen stören, niemand würde einen fragen: was willst du hier? Man war einfach dort.

Mit einem Male war er in einer Anlage drin. Er setzte sich auf eine Bank. Kinder spielten vor ihm.
„Ach ja, Kinder...“ hatte er nicht auch ein kleines Mädchen, du mit Namen, — die kleine Lu?
Er schüttelte verdrießlich den Kopf. Nein, auch daran wollte er nicht denken. Er hatte kein Kind. Er hatte keine Frau. Er war allein in der Welt. „Es ist so toll, so schön, so schön, so schön!“ Nur seinerlei Beziehungen mehr zu Menschen, sie

waren einem hinderlich, sie zogen einen davon ab, in sich zu gehen, eine hohe Mauer um sich zu errichten und hinter dieser unsichtbaren Mauer zu verharren. In Kärnten. In einem Dorf, wo Röhre bläsen, abends janker Rauch aus dem Kamin stieg und die kleinen Fenster der Abendsonne entgegenleuchteten.

„Ach, wie schön war die Zeit gewesen, da er allein gewesen war, — erinnerte er sich dessen nicht mehr? Da er sich von aller Welt abgeschlossen und gearbeitet hatte, nur gearbeitet, gearbeitet.“

Nein, arbeiten würde er jetzt nicht mehr. Er begriff es nicht, daß er das so hartnäckig hatte tun können, und wie sein Ehrgeiz darauf gerichtet hatte sein können, eine Villa im Grünewald zu haben und einen Diener und Autos und Geld.

Wozu? Auf dem Dorfe würde er leben, unter stillen und friedlichen Menschen, — denn auch die Menschen würde er nicht mehr hassen können, und er begriff auch das nicht. Er begriff es nicht, da es doch so soviel friedlicher war, allein zu sein, ohne Frau und ohne Kinder, — frei, nur mit der Erde verbunden, die ringsum blühte oder schlief.

Es sollte ein jeder das haben, was ihm zumut. Sollte dieser eine Frau, — gut, er sollte sie haben! Sollte jener allein sein, — gut, er sollte es sein! Warum Störungen, Eingriffe, Diebstähle, Mord? Ach, er begriff es nicht.

Wenn er es so richtig bedachte, hatte dieser alte Mann nicht recht? Er kam, nachdem er viel ausgestanden hatte, und wollte haben, was sein war. Es war ja sein, darüber war nicht zu reden.

Auch Lucie würde dies einsehen. Ja, sie erwartete es vielleicht und wollte es ihm nur nicht sagen, — nein, nicht vielleicht, bestimmt erwartete sie es! Gewiß, sie würde freiwillig mitgehen. Sie sollte es auch. Das Dorf in Kärnten war nichts für sie, und noch weniger war es möglich, daß sie die Frau eines Kommissars oder eines Bezirksverwaltungsbeamten würde.

Und auch das Kind sollte es gut haben, so gut es nur irgend ging. Es würde wachsen, groß werden, ein großes Fräulein, vor dem man den Hut zog, so daß der Vater, wenn er zufällig vorüberging, sich freuen konnte. Kein Frauen, ohne Hintergedanken, ohne Neid. Denn er liebte ja sein Kind und auch seine Frau, wenn er auch mit ihnen nicht leben konnte. Wenn er allein sein und bleiben mußte und wollte, — bis an sein Ende, das er durchaus nicht herbeisehnte, da ja die Welt für ihn mit einem Male so schön und friedlich war.

Er stand auf, und ihm war ganz leicht. Es schien ihm, als hätte er Jahre hier auf der Bank gesessen. Oder nein, als hätte er gar nicht gelebt. Als wäre er, nachdem er aus dem Gefängnis ge-

kommen war, in jenem Wirtschaftsgarten eingeschlafen, in dem ihm das junge Mädchen den ersten Wein und die erste Zigarre gebracht hatte. Genau so friedlich und dankbar war er zu dieser Stunde in seinem Herzen, wie er es damals gewesen war. Ein Traum, ein langer Traum, den er geträumt hatte, und ein wüßer Traum, schwer und beklemmend, aus dem er jetzt erwacht war. Ach, wie liebte er die Welt!

Er ging schnell vorwärts und betrachtete die Menschen. Sie waren ganz anders, ihm ganz neu. So viel Heiligkeit war an ihnen, die auf ihn zurückfiel, — oder war es umgekehrt, war die Heiligkeit in ihm? Gleichviel, sie war da. Sie fiel sogar auf einen Menschen wie Mannheimer. Wie dumm dieser Mann doch war, da er so grenzenlos hämmerte und sich eines Tages doch hängen mußte, um zu sterben. Auch Frau von Maritz bestrahte die Heiligkeit, eine Frau, der er viel Unrecht angetan hatte. Und den armen Gutzeit und dessen Frau, — ach, warum hatte er sie doch damals verachtet! Und auch an Lautenbach in Hamburg dachte er, — ach, wie übel hatte er dem Unermüdlichen mitgespielt!

Über aus dem Herzen all dieser Leute nahm er den bitteren Stachel, wenn er sich jetzt freiwillig dessen begab, wessen sie ihn nicht mehr: alles Reichtums, aller äußeren Zeichen der Macht, seiner Frau, seines Kindes, — wenn er lautlos und ohne zu klagen, in einer Verfassung verfiel, die ihn nicht mehr hergeben würde, wenn er vergessen ward, von niemandem bemerkt oder betrauert.

Wer auch sollte ihn vermissen, betauern? Die Menschen? Er hatte sie mit bewußter Grausamkeit als Mittel für seine Zwecke benutzt. Seine Frau? Er hatte sie betrogen. Sein Kind? Es kannte ihn kaum.

Ja, es war seine Pflicht, zu verschwinden. Er war das für ihn und vor allem den anderen. Und er war es auch Behrens gegenüber, der nun mit den Geistes eines Mannes einherging, wie auch er es einst getan hatte.

Reisner lächelte lautlos in sich hinein. Er kannte das, er hatte es erfahren. Hatte dieser Mann erst seine Rache, dann hatte die Rache bald ihn. Sie umstrickte ihn und er verwickelte sich in ihren Fäden immer mehr, bis er schließlich gefesselt war und schrie. Ihm, Reisner, nahm er nur eine Last ab. Er sollte freitragen.
Reisner wurde lebhafter, sein Lebensgeist erwachte sich langsam zu einer dünnen Flamme. Er ging mit schnellen, hastigen Schritten.

